Satzung

über die Verlängerung der Veränderungssperre für den Geltungsbereich der in der Aufstellung befindlichen 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 121 Drinhausen-Süd

Aufgrund von § 14 in Verbindung mit § 17 Abs. 2 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der zurzeit gültigen Fassung, hat der Rat der Stadt Übach-Palenberg die folgende Veränderungssperre als Satzung beschlossen:

§ 1

Anordnung der Veränderungssperre

Zur Sicherung der Planung im Geltungsbereich der zukünftigen 1. Änderung Bebauungsplanes Nr. 121 Drinhausen-Süd wird die am 25.10.2017 in Kraft getretene Veränderungssperre um ein Jahr verlängert.

§ 2

Räumlicher Geltungsbereich der Veränderungssperre

(1) Der räumliche Geltungsbereich der Veränderungssperre stimmt mit dem Geltungsbereich der zukünftigen 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 121 Drinhausen-Süd überein.

im Norden: Wirtschaftsweg in West-Ost-Richtung beginnend am Helenehof im Osten bis zur L 164 im Westen

im Osten: Wirtschaftsweg in Nord-Süd-Richtung von den Aussiedlerhöfen Molder Hof und Helenehof zu der Straße Am Moldfeld

im Süd-Osten: Straße Am Moldfeld

im Süd-Westen: L 225 Bockreiterstraße

im Westen: westliche Grenze des Flurstücks 57, in der Flur 61, in der Gemarkung Übach-Palenberg

(2) Für den räumlichen Geltungsbereich der Veränderungssperre ist der beiliegende Lageplan maßgebend.

(3) Der räumliche Geltungsbereich der Veränderungssperre umfasst folgende Grundstücke:

Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 61, Flurstücke Flurstücksnummern 42, 43 tw., 57, 73 tw.

§ 3

Inhalt und Rechtswirkungen der Veränderungssperre

(1) Im räumlichen Geltungsbereich der Veränderungssperre dürfen:

1. Vorhaben im Sinne des § 29 BauGB nicht durchgeführt oder bauliche Anlagen nicht beseitigt werden;

2. keine erheblichen oder wesentlich wertsteigernden Veränderungen von Grundstücken und baulichen Anlagen, deren Veränderung nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtig ist, vorgenommen werden.

(2) Vorhaben, die vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre baurechtlich genehmigt worden sind, Vorhaben, von denen die Gemeinde nach Maßgabe des Bauordnungsrechts Kenntnis erlangt hat und mit deren Ausführung vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre hätte begonnen werden dürfen, sowie Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung einer bisher ausgeübten Nutzung werden von der Veränderungssperre nicht berührt.

(3) In Anwendung von § 14 Abs. 2 BauGB kann von der Veränderungssperre eine Ausnahme zugelassen werden, wenn keine überwiegenden öffentlichen Belange entgegenstehen. Die Entscheidung hierüber trifft die Baugenehmigungsbehörde im Einvernehmen mit der Gemeinde.

§ 4

Inkrafttreten

Die Satzung über die Anordnung der Veränderungssperre tritt mit der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft (§ 16 Abs. 2 Satz 2 BauGB).

§ 5

Geltungsdauer

Für die Geltungsdauer der Veränderungssperre ist § 17 BauGB maßgebend.

Übach-Palenberg, den

Jungnitsch
Bürgermeister